

furrerhugi.



Frühe Kindheit ist entscheidend

BERICHT

WINTERSESSION 2017

27. November – 15. Dezember 2017

furrerhugi. ag

Schauplatzgasse 39 | CH-3011 Bern | T +41 31 313 18 48 | F +41 31 313 18 49
Schützengasse 4 | CH-8001 Zürich | T +41 44 251 01 43
Avenue de l'Université 18 | CH-1005 Lausanne | T +41 21 312 16 86
Corso Elvezia 16 | Casella postale 5607 | CH-6901 Lugano | T +41 91 911 84 89
45, Square Ambiorix | B-1000 Bruxelles | T +32 2 235 00 20

info@furrerhugi.ch | www.furrerhugi.ch

1 EINLEITUNG

Die letzte Session des Jahres steht jeweils im Zeichen der Budgetdebatte und der Wahlen. Beim Budget 2018 stand die Verwendung der 440 Millionen Franken aus der im September abgelehnten Rentenreform im Fokus. SVP und SP forderten, dass das Geld der AHV zugeteilt wird. FDP und CVP setzten sich jedoch durch. Damit wird ein Teil des Betrags für den Abbau der 100 Milliarden Franken hohen Schulden verwendet.

Bei den Wahlen wurde Dominique de Buman (CVP/FR) zum Nationalratspräsident und Karin Keller-Sutter zur Ständeratspräsidentin (FDP/SG) gewählt. Neu vereidigt wurden folgende Personen: Irène Kälin für Jonas Fricker (GPS/AG), Nik Gugger für Maja Ingold (EVP/ZH), Diana Gutjahr für Hansjörg Walter (SVP/TG) und Hansjörg Brunner für Hermann Hess (FDP/TG). Für Aufmerksamkeit sorgte der Nachfolger im Nationalrat von Ignazio Cassis. Der Ex-Radprofi Roco Cattaneo fuhr mit dem Velo nach Bern. Er setzte damit ein Zeichen für mehr Sicherheit für Velofahrende und durchgehende Velowege.

Geprägt wurde die Session zudem vom Thema sexuelle Belästigungen im Parlament. Ausgelöst wurde die Debatte durch die Vorwürfe an Nationalrat Yannick Buttet. Er trat kurz nach der Session von seinem Amt zurück.

Im Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung stand in der Wintersession die Überarbeitung und Verabschiedung des ZGB im Fokus. So gelten neue Regeln für Gefährdungsmeldungen an die Kinderschutzbehörde Kesb: Künftig unterliegen nicht nur amtliche Personen wie Lehrerinnen und Sozialarbeiter, sondern auch Kita-Mitarbeiterinnen und Sporttrainer einer Meldepflicht.

2 WICHTIGE BEHANDELTE VORSTÖSSE

Familienzulagen

Der Ständerat will noch nicht darüber entscheiden, ob in allen Kantonen ein obligatorischer Lastenausgleich zwischen den Familienausgleichskassen eingeführt werden soll. Die kleine Kammer beschloss, die Motion [17.3860](#) von Isidor Baumann (CVP/UR) mit dieser Forderung zunächst der zuständigen Kommission zur Vorprüfung zu überweisen. Der Bundesrat lehnt die Motion mit der Begründung ab, eine Pflicht zu einem vollen innerkantonalen Lastenausgleich stelle einen Eingriff in die Kantonsautonomie dar.

Kinderschutz

National- und Ständerat haben neue Regeln für Gefährdungsmeldungen an die Kinderschutzbehörde Kesb beschlossen ([15.033](#)). Damit soll vor allem der Schutz von Kleinkindern verbessert werden. Beide Räte stimmten stillschweigend dem Antrag der Einigungskonferenz zu. Umstritten war zuletzt noch, wie hoch die Schwelle für Gefährdungsmeldungen an die Kesb sein soll. Die Einigungskonferenz entschied sich für einen Kompromiss: Die Hürde für Meldepflichtige ist etwas höher als für jene, die Meldung erstatten können, aber nicht müssen. Der Kern der Vorlage ist die Ausdehnung der Meldepflicht: Künftig unterliegen nicht nur amtliche Personen wie Lehrerinnen und Sozialarbeiter, sondern auch Kita-Mitarbeiterinnen und Sporttrainer einer Meldepflicht.

An den Bundesrat überwiesen

Gesetzesvorlage verabschiedet

[15.033](#) ZGB. Kinderschutz

An Zweitrat

--

Differenzbereinigung

--

Zuweisung an die Kommission zur Prüfung

[17.3860](#) Motion Isidor Baumann (CVP/UR): Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung

Erledigte, zurückgezogene oder abgeschriebene Geschäfte

Fragestunde

3 AUSZUG NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

[17.1097](#) Anfrage Silva Schenker SP/BS: Wann kommen die Angaben über den Umfang und die Bedeutung der Grosselternarbeit?

Silvia Schenker (SP/BS) erkundigt sich, wann das von ihr eingereichte, doch abgeschriebene Postulat über die Grosselternarbeit aus dem Jahr 2015 beantwortet werde. Vor allem interessiert sie die monetäre Bewertung der unbezahlten Grosselternarbeit im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung.

4 RELEVANTE GESCHÄFTE IN DEN KOMMISSIONEN

WBK-N	11./12. Jan.	17.412 Pa. Iv. Aebischer: Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter
WBK-S	19. Jan.	17.497 Pa.Iv. WBK-N: Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Verlängerung des Impulsprogrammes des Bundes
SGK-N	25./26. Jan.	15.434 Pa. Iv.: Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter (Weibel (Kessler))
SGK-N	25./26. Jan.	13.478 Pa.Iv. Einführung einer Adoptionsentschädigung (Romano)
WBK-N	1./2. Feb.	17.497 Pa. Iv. WBK-N: Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Verlängerung des Impulsprogrammes des Bundes
SGK-S	12. Feb.	17.3860 Mo. Baumann: Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung

5 PENDENTE UND NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

Hinweise

- In der Wintersession 2017 neu eingereichte Vorstösse sind in kursiver Schrift aufgeführt.
 - Diese stehen teilweise erst in Französisch oder Italienisch zur Verfügung.
- 17.1097** *Anfrage Silva Schenker SP/BS: Wann kommen die Angaben über den Umfang und die Bedeutung der Grosselternarbeit?*
- 17.3839** Interpellation Yvonne Feri (SP/AG): The Global Partnership to Ending Violence against Children – Wie steht die Schweiz dazu?
- 17.3500** Postulat Mathias Reynard (SP/VS): Evaluer l'impact du système scolaire sur les inégalités
- 17.3553** Postulat Erich von Siebenthal (SVP/BE): Unzulässige Verschreibung von Neuroleptika an Kinder
- 17.412** Parlamentarische Initiative Matthias Aebischer (SP/BE): Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter
- 17.3091** Postulat Yvonne Feri (SP/SG): Bericht über die Notwendigkeit, Nutzbarkeit, Finanzierung von Familienzentren
- 16.4059** Motion Jacques-André Maire (SP/NE): Familienbesteuerung. Ungleichbehandlungen beseitigen
- 16.3804** Postulat Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH): Bedarfsabhängige Kinderzulagen als gezielte Massnahme zur Bekämpfung der Familienarmut
- 16.3589** Postulat Regula Rytz (GP/BE): Bericht über die Diskriminierung von Eltern im Arbeitsmarkt und Aktionsplan als Gegenstrategie
- 13.478** Parlamentarische Initiative Marco Romano (CVP/TI): Einführung einer Adoptionsentschädigung (*Fristverlängerung bis Sommersession 2019*)
- 15.434** Parlamentarische Initiative (Kessler) Thomas Weibel (GLP/ZH): Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter (*in Kommission SGK*)
- 15.033** ZGB. Kinderschutz (*verabschiedet 14.12.2017*)
- 17.3860** Motion Isidor Baumann (CVP/UR): Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung (*Überweisung an Kommission, 29.11.17*)
- 17.497** Pa. Iv. WBK-N: Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Verlängerung des Impulsprogrammes des Bundes